

# Wer hat den schwarzen Peter?

*Psychotherapeuten protestieren vor dem Landtag gegen Finanzierungsmisere*

**R**und 200 Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten nahmen kürzlich in Düsseldorf die Anhörung des Gesundheitsausschusses des Landtags NRW zum Anlass, auf den „Psychotherapie-Notstand“ und ihre finanzielle Lage aufmerksam zu machen. Mit Stundenhonoraren zwischen rund 70 DM bei den Primärkassen und 100 DM bei Ersatzkassen könne eine Vollzeitpraxis nicht professionell geführt werden, stellten verschiedene Landesverbände der Psychotherapeuten in einer Pressemitteilung fest. Zu der Demonstration am Landtag hatten die Landeskonferenzen der Richtlinienpsychotherapeuten Nordrhein und Westfalen-Lippe aufgerufen, unter deren Dach sich 17 Verbände und Zusammenschlüsse organisiert haben.

Für die Psychologischen Psychotherapeuten (PP) und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (KJP) brachte der drastische Verfall der Punktwerte für das 3. Abrechnungsquartal 1999 das Fass zum Überlaufen. Der Punktwert hat sich in Nordrhein trotz Stützung seitens der KV bei der Primärkassenversorgung auf durchschnittlich 5,5 Pfennig und bei den Ersatzkassen auf 7 Pfennig reduziert. Der Punktwert der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe ist ähnlich niedrig. Der Punktwert für 1999 errechnet sich aus dem Vergütungsvolumen für psychotherapeutische Leistungen in der vertragsärztlichen Versorgung des Bezugsjahres 1996. Dazu kommt für 1997 und 1998 die Grundlohnsummensteigerung sowie ein 40-prozentiger

Aufschlag gemäß dem Solidaritäts-Stärkungs-Gesetz.

Dass die Honorarberechnungsgrundlage bereits im ersten Jahr des Psychotherapeutengesetzes aus den Fugen geraten ist, hat vor allem zwei Gründe: Erstens sind mehr PP und KJP zur Versorgung zugelassen worden als angenommen wurde. So seien zum Beispiel in Westfalen-Lippe 56 Kolleginnen und Kollegen nachträglich zugelassen worden, so Juliana von Hodenberg, von der „Landeskonferenz der Richtlinienpsychotherapeuten Westfalen-Lippe“. Gleichzeitig kam es zu einem Leistungszuwachs von rund 30 Prozent, so Birgit Löber-Kraemer von der „Landeskonferenz der Richtlinienpsychotherapeuten Nordrhein“.

Zweitens streiten sich die Kassenärztlichen Vereinigungen mit den Krankenkassen über die Angaben zum Bezugsjahr. Gleichzeitig bezweifeln die Krankenkassen die Berechnungen der KVen.

Für NRW-Gesundheitsministerin Birgit Fischer ist die Sache klar. Sie erklärte: Die Forderung der Demonstranten, das Land möge sie



*Schwarz sahen die Psychotherapeuten als angemessene Farbe an, um auf ihre Situation vor dem Landtag in Düsseldorf aufmerksam zu machen. Foto: bre*

nicht im Regen stehen lassen und sich dafür einsetzen, dass unbedingt notwendige Korrekturen rasch in die Wege geleitet würden, um ein zu knapp berechnetes Psychotherapiebudget aufzustocken, verwechsle den Adressaten. „Notwendig ist, dass die Selbstverwaltung ihre Hausaufgaben macht und endlich die Psychotherapiebudget vereinbart.“ Damit schiebt die Ministerin den schwarzen Peter für die Honorarmisere von sich weg zu den KVen und Krankenkassen, die ihrerseits jedoch den Grundsatz der Beitragssatzstabilität wahren müssen. Für den Fall, das sich KVen und Kassen nicht einigen, droht Fischer mit dem Schiedsamt.

Die KVen Nordrhein und Westfalen-Lippe sind zwar in Verhandlungen mit den Kassen eingetreten. Allerdings gestalten sich diese schwierig, da die angebotenen Sätze weit hinter den Vorstellungen der KVen von rund 7 Pfennig Punktwert im Primärbereich zurückbleiben. Eine angemessene Honorierung, wie sie das Bundessozialgericht vergangenen August feststellte, würde bei rund 10 Pfennig liegen. Der Vorstand der KV Westfalen-Lippe hat deshalb den Punktwert für das 3. Quartal als „inakzeptabel“ abgelehnt und setzt auf weitere Verhandlungen. Gleichzeitig beklagt der 1. Vorsitzende Dr. Ulrich Oesingmann: „Die Bundesgesundheitsministerin verweigert hartnäckig, dass dieser neue Zweig der ambulanten Versorgung angemessen finanziert werden kann.“

Für die demonstrierenden und frustrierten Psychotherapeuten ist die Sache klar, dass die Berechnungsgrundlage, wie sie im Psychotherapeutengesetz verankert ist, Mängel aufweist und daher geändert werden muss. Die Landesregierung NRW soll jetzt mit den Anstoß geben, die Defizite des Gesetzes zu revidieren, verlangte Birgit Löber-Kraemer. „Die Psychotherapeuten fordern eine angemessene Honorierung, um nicht im Wohnzimmer praktizieren zu müssen.“

*Jürgen Brenn*